
IN HOFFNUNG AUF ARBEIT

Rezension von: Ina Wagner, In
Hoffnung auf Arbeit. Career
Education in den USA. Beltz
Forschungsberichte. Berufliche
Bildung und Berufsbildungspolitik
Bd. 7, Weinheim und Basel 1981

Jugendarbeitslosigkeit ist eines jener wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme, an denen die in der Konjunkturzeit begünstigten Reformpläne und Programme: Chancengleichheit, Förderung der Schwächeren, Persönlichkeitsentfaltung mit der Rezession der späten siebziger und frühen achtziger Jahre zusammenprallen.

In zahlreichen Reformansätzen und Curriculum-Revisionen wurde international versucht, vom alten Bild der autoritären, konkurrenz- und leistungsorientierten Schulerziehung fort zu einem demokratischeren Modell zu kommen, das Spontaneität, Voluntarismus, Kreativität betont. Hintenherum, über die „Gesetze“ der Marktwirtschaft und der „knappen Güter“, zu denen ein Studienplatz oder ein guter Arbeitsplatz zählen, haben sich Repression, Konkurrenz- und Leistungsorientierung wieder in die Schulpraxis eingeschlichen (bzw. in ihr behauptet) – am Beispiel der BRD ist das gut zu beobachten.

Eines der Produkte der reformfreudigen frühen siebziger Jahre war die „Career Education“ (berufsbezogene Erziehung) in den USA. Durch sie sollten die Schüler mit der Berufswelt vertraut gemacht werden, nicht nur durch eine Berufsberatung an Schulen, sondern auch in beruflichen Ausbildungsprogrammen, die zwar keine formalen Qualifikationen lieferten, aber doch notwendige Kenntnisse ver-

mitteln sollten. Ziel war ein Anheben der beruflichen Chancen der Schulabgänger – vor allem auch der sozial und ethnisch benachteiligten Gruppen; Ziel war auch ein Aufheben der Berufsrollenstereotypen, die sich u. a. in der Diskriminierung von Mädchen in der technisch-naturwissenschaftlichen Berufsausbildung manifestierten.

Ina Wagner hat an Schulen im amerikanischen Bundesstaat Massachusetts Lehrer- und Schülergespräche geführt, hat an Unterrichtsstunden teilgenommen und mit Berufsberatern und Experten für Career Education gesprochen. Anhand von Fallstudien einzelner Schüler und Lehrer zeigt sie, wie dieses Programm im Jahre 1978 funktionierte – etwa sieben Jahre nach seiner Installierung –, wie es sich auf die Betroffenen auswirkt, was die einzelnen Lehrer und Berufsberater daraus machen, wie Gemeinden und Betriebe am Ort kooperieren etc.

Career Education sollte mehr sein als nur ein Unterrichtsfach, mehr als das Austeilen von Informationsmaterial oder die Durchführung von Eignungstests. Es sollte Berufsleben und Unterricht fächerübergreifend verbinden und die Trennung Schulalltag-Realität der Berufswelt beseitigen helfen.

Ina Wagner zeigt, wo dieses Programm Erfolge aufweisen konnte und wo es scheiterte – und es scheiterte in so ziemlich jedem Anspruch, wie fast alle Reformansätze der sechziger und siebziger Jahre (mit Ausnahme der Frauenbewegung).

Daß Ina Wagner die Problematik dieses Programms nicht allein mit Zahlen und Statistiken dokumentiert, sondern mit persönlichen Beobachtungen und Selbstaussagen der Schüler und Lehrer, macht den Wert dieses Buches auch für nichtamerikanische Leser aus. Denn durch diese Darstellungsweise werden Konflikte und Problembereiche offengelegt, die sich jeder quantitativen Analyse entziehen, die aber m. E. essentielle Schwierig-

keiten jeder Reform in unserem so experimentierfreudigen Jahrhundert darstellen. Schul- und Berufsbildungssysteme sind in den USA und in Österreich grundverschieden. Während in Österreich die Jugendlichen nach dem 9. Schuljahr die Möglichkeit haben, entweder eine Lehre anzutreten – wobei das duale Ausbildungssystem, teils im Betrieb teils in einer Berufsschule, besteht – oder eine weiterführende Schule zu besuchen, die entweder auf ein Studium vorbereitet oder selbst berufsbildend ist (z. B. Handelsakademie oder Landwirtschaftsschule), geht der amerikanische Jugendliche bis zu seinem 18. Lebensjahr in eine High School und kann sich eine rudimentäre Berufsausbildung in Form von Wahlfächern aneignen, oder er erlangt in einer Vocational School eine Fachausbildung – allerdings ohne parallel laufende Praxis in einem Betrieb. Diese generelle Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr bringt sowohl mit sich, daß die meisten Schüler nebenbei „jobben“ – oft bis zu 20 Wochenstunden –, als auch, daß die „Schulmüdigkeit“ hoch ist, was sich in der großen Zahl von Schulschwänzern und Drop Outs äußert, vor allem bei sozial und ökonomisch deprivierten Schülern.

Die Berufsausbildungsprogramme der High Schools werden nicht als vollgültige Fachausbildung anerkannt. Das hat zur Folge, daß der Jugendliche mit 18 erneut am Anfang steht und entweder auf den „sekundären Arbeitsmarkt“ unqualifizierter Hilfsarbeiten angewiesen ist oder eine betriebsinterne Ausbildung anschließt und somit bis Anfang Zwanzig oder noch länger im Lehrlingsstatus verbleibt. Wobei in den USA der „gute Job“ ein noch viel knapperes Gut ist als bei uns und diverse Diskriminierungsmechanismen bei weitem nicht aufgehoben sind.

Wären nur die Zahlen dieses amerikanischen Programms verfügbar – die man vermutlich als Mißerfolgsstatistik bezeichnen könnte –, wir könnten

mit diesen Ergebnissen kaum etwas anfangen. Career Education scheint heute praktisch gescheitert. Und bei uns ist ja alles anders, nicht zu vergleichen! Ina Wagners Bericht aber legt – in aller Behutsamkeit – viele der Wurzeln dieses Scheiterns bloß: Phänomene und Folgephänomene und Verkettungen, die statistisch nicht greifbar sind. Und hier wird es auch für österreichische Ökonomen, Soziologen und Pädagogen interessant, denn auf phänomenologischer Ebene gibt es viele Ähnlichkeiten.

Beginnen wir bei eben diesen Pädagogen, Soziologen und Ökonomen, den notwendigen Helfern und Beratern der Schul- und Wirtschaftspolitik: Sie leben z. T. davon, daß diese Reformen scheitern und wieder neue Reformen her müssen. Sie leben von der Analyse des Erfolges, der sich in Zahlen ausdrücken läßt (Einkommenshöhe, Arbeitslosen- bzw. Beschäftigtenrate, Produktivitätssteigerung etc.); sie leben aber auch von der Analyse des Mißerfolgs. Die Wissenschaftler haben in jedem Fall ihr Stück vom Kuchen, 20 Prozent bis 100 Prozent der Kosten eines Reformprojekts gehen auf Begleituntersuchungen. Wie steht es um ihre Interessen? Daß sie stets die besten Absichten haben, sei unbestritten, sie können sie sich leisten. Wissenschaftler sind Menschen, die einen Job haben. Dieser Job ist oftmals die Krise (oder Joblosigkeit) anderer.

Die anderen sind zum Beispiel Jugendliche. Eine der Eigentümlichkeiten dieser Gruppe ist, daß sie ihre Interessen nicht nur nicht durchsetzen können, sondern auch meist gar nicht erkennen, welches ihre Interessen sind. Die wenigsten empfinden mit Fünfzehn oder Achtzehn, welchen Leidensdruck ungeliebte oder monotone Arbeit bedeuten kann, was für eine Bedeutung Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalt einmal für ihr Leben haben werden. (Ina Wagner zeigt, wie wenig „Berufserfahrungsprogramme“ authentische Berufserfah-

rung vermitteln können.) Die Gruppe also, um die es geht, ist an ihrem eigenen Interesse: der beruflichen Qualifikation, der Verbesserung des Zuganges zu guten Berufen, noch kaum interessiert.

Wie steht es mit der dritten Gruppe, den Lehrern und Berufsberatern? Sie müssen das umsetzen, was Schulgesetze und Curricula vorgeben. Und sie tun das in den USA ebenso wie bei uns: der eine so, der andere so. Es gibt Alte und Junge, Reaktionäre und Progressive, Resignierte und Begeisterte; Menschen, die Kinder und Jugendliche gern haben und Vertrauen in sie setzen, und Menschen, die voller Vorurteile stecken. Sie alle sind nun der Transmissionsriemen, über den die wunderschönen Programme in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollen.

Ina Wagners Bericht zeigt anschaulich, wie völlig divers das läuft: wie hier eigene Ideologien eingebracht werden, wie manche Lehrer lustlos am Lehrplan kleben, andere aus ihrem eigenen Erfahrungsbereich her das Programm ausbauen. Hier wird deutlich, daß ein liebevoller, einfallsreicher Lehrer ungleich wichtiger ist als teures Unterrichtsmaterial auf Hochglanzpapier. (Nebenbei: was ein solcher Lehrer bei Jugendlichen an lebenslangem Eindruck hinterlassen kann, würde sich niemals in einer Statistik ausdrücken lassen.)

Auch bei uns besteht die Diskrepanz zwischen den Erfordernissen einer sowohl markt- als auch menschengerechten Berufsvorbereitung (etwa gute formale Grundausbildung und Lernmotivation) und der tatsächlichen Ausbildung und „Berufskunde“ in den Schulen. Was Ina Wagner für die amerikanischen Berufskundelehrer aufzeigt, gilt genauso für das Gros der österreichischen: Sie haben von der Berufswelt keinen Schimmer; sie haben keine Erfahrung und sie interessieren sich auch nicht dafür, von Informationen über neu sich eröffnende Berufsfelder etwa in Elektronik oder Datenverarbeitung ganz zu

schweigen. Dieser Sachverhalt ist u. a. mitschuld an der Aufrechterhaltung alter Berufsrollenstereotypen, an der fehlenden Inspiration und Ermutigung der Schulabgänger. Zugleich sind die Lehrer überfordert und überdrüssig aller „Modellversuche“ und Experimente. Auf der einen Seite Streß und chronischer Zeitmangel und Überfrachtung des Lehrplans, auf der anderen Seite ein totales „Auslassen“, wenn es um das „Was nachher?“ geht. In den USA wurde Career Education vielfach als „noch ein Unterrichtsfach!“ mißverstanden. Unsere Pädagogen, Didaktiker und Schulpolitiker sollten solche Erfahrungen genau studieren, um falsche und kostspielige Experimente zu vermeiden.

Gerade derartige Beispiele zeigen auch, wie wenig im Grunde ein zentral von oben gesteuertes Programm bewirkt. Wohl bedarf es legislatischer Abstützung, aber ist es, davon abgesehen, nicht oft sinnvoller, vorhandene Initiativen zu fördern und zu unterstützen, statt Initiative von oben zu diktieren?

Statt des Zahlenfetischismus umfangreicher Statistiken, die in Schreibtischladen vermodern, sollte ein vermehrtes Feedback der Erfahrungen zwischen Schule und Politikern und Eltern gefördert werden. Ina Wagner zeigt am Beispiel der Rayethon-Werke, wie aggressiv ein Privatunternehmen vorgehen kann, wenn es die ganze Gemeinde in seine Ausbildungs- und Einstellungspolitik einbeziehen will – wie da die „Public Relations“ funktionieren, wie die Betroffenen „chancenbewußt“ werden. Warum vermag das nicht auch eine Behörde?

Merken wir nicht auch bei österreichischen Reformen, wie schlecht die Kommunikation und das Feedback funktionieren – die Public Relations von Schulpolitikern und Behörden? Diverse gesetzliche Richtlinien der Schulerziehung sind in den letzten Jahren reformiert worden – etwa was den Zugang von Mädchen zu techni-

schen Lernfächern betrifft, damit sie später bei der Berufswahl nicht diskriminiert sind. Weiß davon die Öffentlichkeit?

Alle Reformen stehen vor dem Problem der schwerfälligen Diffusion von Information, die mit einer noch schwerfälligeren Wandlung der individuellen Einstellungen Hand in Hand geht. Und wie man sieht (und längst weiß): die Massenmedien sind allemal bestrebt, Vorurteile und Mißtrauen in der Öffentlichkeit zu schüren, statt an ihrer Beseitigung mitzuarbeiten. Die Schule allein ist aber nicht allmächtig. Ein bedeutender Einflußfaktor ist die Einstellung von Familie und Eltern zum Beruf sowie das Bild, das via Fernsehen, Zeitungen und Film verbreitet wird. Um die Öffentlichkeit über geänderte Berufsbilder, Erfordernisse und Chancen zu informieren, muß teures Informationsmaterial produziert und oft nutzlos verteilt werden, während die Darstellung der Berufswelt im Fernsehen etwa sich auf souveräne Kriminalinspektoren beschränkt. Vorurteile und Informationsmangel sind ein zäher Sumpf. Es ergeben sich zwangsläufig time lags und Klüfte zwischen verschiedenen Generationen und Bildungsschichten (nach beiden Seiten wohlgerichtet!).

Wird das jemals bedacht, wenn ein neues Reform-Programm entworfen wird? – Um nach einem Dezennium anhand statistischer Ergebnisse überprüft und erneut verworfen zu werden?

Kaum etwas ist schwieriger zu ändern als Einstellungen und Motivationsstrukturen. Komplexer und verschärft wird dieses Problem dadurch, daß heute kraß divergierende Entwicklungen im Vormarsch sind. Seit ich selbst die Schule besuchte, haben sich im Bereich Arbeit/Beruf u. a. einschneidende Diskrepanzen zu folgenden (Schulbuch-)Ideologien ergeben:

– Arbeite nur immer redlich und fleißig und loyal, so mußst du um Lohn und Arbeitsplatz nicht bangen. Die Wirtschaft braucht dich.

– Frauen arbeiten, wenn überhaupt, bis zum ersten Kind, dann werden sie glückliche Hausfrau und Mutter.

Heute dagegen muß man gewärtig sein, seinen Job u. U. auch seinen Beruf zu wechseln, seine Stelle trotz Redlichkeit, Fleiß und Loyalität zu verlieren, aber auch später einmal einen Beruf auszuüben, den es bisher noch gar nicht gibt.

Heute rechnet man auch als Frau damit, ein Leben lang berufstätig zu sein.

Treue zum Betrieb weicht allmählich der Verpflichtung sich selbst gegenüber, ein sinnvolle und befriedigende Tätigkeit auszuüben. Die Einstellung zur eigenen Lebenskarriere ändert sich. Das „Arbeitsethos“ erfährt eine Relativierung; Flexibilität, Mobilität, Innovationsfreude sind neue Qualitäten.

Nun besteht aber eine diesem Potential kraß zuwiderlaufende Entwicklung, die Emanzipations- und Reformbestrebungen konterkariert und auf Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik einen stark reaktionären Einfluß hat: Der Mensch als Produzent wird immer teurer. Die Investitionen in seine fachliche Ausbildung immer kostspieliger: Maschinenstunden, Computerstunden, die Arbeitszeit anderer Menschen. Das bedeutet aber: kein Platz für „Risikogruppen“ wie Jugendliche oder auch Frauen. Man leistet sie sich oft nur dann, wenn ihre Ausbildung oder ihr Arbeitsplatz subventioniert wird oder wenn Quoten dazu zwingen. Die Sicht des Menschen als Bilanzfaktor führt zu seiner Ablösung durch den „billigeren“ Automaten oder Roboter.

Der Sachzwang der Kalkulierbarkeit und Profitabilität führt zum unlösbaren Konflikt mit dem Bildungsauftrag: Persönlichkeitsentwicklung, Emanzipation. Eine Lösung dieses Problems scheint nicht abzusehen.

Und es gibt weitere, heute noch unlösbar scheinende Probleme: Eine bessere Berufsvorbereitung, eine bes-

sere Berufsqualifikation würde den Sachverhalt nur verschärfen, da es nicht so viele „bessere“ Berufe gibt. Was dem Einzelnen als Recht und Chance vom Gesetz eiongeräumt wird, bringt im Gesamten eine Rechnung, die nur in Utopia aufgeht.

Einstweilen müssen die Reformen Kompromisse mit wirtschaftlichen

Zwängen und menschlichen Unzulänglichkeiten eingehen. Die Hoffnungen vor früher sind historisch geworden. Man sollte aber nicht verfehlen, die gemachten Erfahrungen gründlich zu revidieren, ehe man künftige Programme entwirft. Das ist es schließlich, wozu Geschichte da ist.

Monika Pelz